

St.Gallen, 07.09.2026

Überkantonale Medienmitteilung der IG Engpassbeseitigung

Rückenwind aus Bern für Ostschweizer Verkehrsprojekte

Ständerätliche Kommission gibt Ostschweizer Standesbegehren einstimmig Folge

Im Frühling 2025 schlossen sich die bürgerlichen Parteien und Wirtschafts- sowie Verkehrsverbände aller Ostschweizer Kantone zusammen und forderten mittels Standesbegehrens die rasche Realisierung zentraler Verkehrsprojekte: Die 3. Röhre Rosenbergunnel inklusive Anschluss Güterbahnhof und die 2. Röhre Fäsenstaubtunnel sollen bereits im nächsten Ausbauschnitt wieder aufgenommen werden. Der Zubringer Appenzellerland und die Bodensee-Thur-talstrasse sollen mit erhöhter Priorität berücksichtigt werden. Die zuständige Ständeratskommission hat den Standesbegehren gemäss Kommunikation von letzter Woche einstimmig Folge gegeben. Die Parteien und Verbände nehmen diesen Zwischenerfolg erfreut zur Kenntnis und werden sich bis zum definitiven Entscheid weiterhin geeint auf allen Ebenen für diese Vorhaben einsetzen.

Die Hauptverkehrsachsen in der Ostschweiz sind am Limit. Das ist kein Zufall: Seit 1990 kamen nur gerade 3,6 Prozent der Investitionen ins Nationalstrassennetz der Ostschweiz zugute. Vor diesem Hintergrund haben sich die bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbände aller Ostschweizer Kantone im Frühling 2025 zusammengeschlossen und forderten mittels Standesbegehrens bereits im nächsten Ausbauschnitt die Realisierung der 3. Röhre Rosenbergunnel inklusive Anschluss Güterbahnhof und die 2. Röhre Fäsenstaubtunnel. Zudem sollen der Zubringer Appenzellerland und die Bodensee-Thur-talstrasse mit erhöhter Priorität berücksichtigt werden. Dieser Zusammenschluss ist historisch und zeigt, dass es um echte Lösungen für die Bevölkerung und Wirtschaft in den Kantonen St.Gallen, Schaffhausen, Thurgau sowie beiden Appenzell geht.

Rückenwind aus Bern

Nachdem die Vertreterinnen und Vertreter der Ostschweizer Kantonsparlamente die Standesbegehren im vergangenen Januar der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats (KVF-S) präsentiert hatten, gab diese den Begehren nun einstimmig Folge. In ihrer Medienmitteilung von letzter Woche hält die Kommission – die sich aus Vertreterinnen und Vertreter aller Landesteile zusammensetzt – zudem fest, dass sie «den Stellenwert, den die Verkehrsprojekte für die Verkehrspolitik in den Ostschweizer Kantonen haben», explizit anerkenne.

Die Ostschweiz zieht weiterhin an einem Strang

Auch wenn die materielle Beurteilung der Verkehrsprojekte erst im Rahmen der Beratung der Bundesratsvorlage «Verkehr '45» erfolgen wird, ist das einstimmige Folgegeben aus Bundesbern ein starkes Signal. Es zeigt, dass das geschlossene Auftreten der Ostschweiz Wirkung entfaltet. Die Parteien und Verbände nehmen diesen Zwischenschritt erfreut zur Kenntnis und werden sich sowohl bei der weiteren Behandlung der Standesbegehren als auch im Rahmen von «Verkehr '45» konsequent für die Interessen der Ostschweizer Bevölkerung und Wirtschaft einsetzen.

Für Rückfragen stehen Ihnen gerne die folgenden Personen zur Verfügung:

- › Walter Locher, Präsident IG Engpassbeseitigung, 071 244 88 24, advokatur@museum35.ch
- › Ramon Weber, Geschäftsführer / Fraktionssekretär, 071 222 45 45, weber@fdp.sg